

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/123: 01.12.2012 – 13.07.2013

01.12.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Dezember 2012 (x887/...): >>>**Dreiste Folgen**

Dank unermüdlichen Einsatzes und scheinbar nie enden wollender Diskussionsbegeisterung haben uns die Klimaschützer mit den Grünen an der Spitze ein schlechtes Gewissen beschert, was letztendlich zum Atomausstieg, dem Boom von unverhältnismäßig teuren Bioprodukten und Energiesparmaßnahmen führte. Ob man sein Geld für Bioprodukte ausgeben will, ist natürlich die private Entscheidung des Einzelnen. Vor der Energiewende hingegen kommt jetzt niemand davon, ob man sich nun dafür oder dagegen ausgesprochen hat.

Die Stromkonzerne haben ihre durch die Privatisierung ohnehin schon gefährlich große Macht walten lassen und kurzerhand den Elan der Bevölkerung für sich genutzt. Und sobald es jetzt ans Praktische geht beim Klimaschutz und wir die teuren Folgen des lang umstrittenen Atomausstiegs bekommen, sind die Überzeugung und das Gutmenschetue plötzlich etwas verfliegen. Wer nämlich blechen muß, ist der Bürger. Denn Strom braucht jeder. Auch hartgesottene Klimaschützer. So hinterlistig und dreist solch eine Preiserhöhung sein mag - haben wir wirklich geglaubt, von einer Energiewende profitierten bloß das Klima und die Umwelt?<<

2013

Fremde fressen seine Kraft, doch er will es nicht merken; seine Haare sind schon grau geworden, doch er will es nicht merken.

Hosea 7, 9

07.01.2013

Frankreich: Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtet am 7. Januar 2013 über den Schuman-Plan: >>>**Das eigentliche Fundament der Europäischen Union**

Eine Wirtschaftsunion sollte Deutschland und Frankreich zu friedlichem Miteinander zwingen: Der Schumann-Plan gilt als Geburtsurkunde der EU. Es wird Zeit, sich an ihn zu erinnern.

... Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien" hieß der Karnevalshit des Jahres 1948. Die Mehrheit der Deutschen lebte nunmehr in der "Trizone", die durch die Zusammenlegung der drei Besatzungszonen der Westalliierten zu einer Wirtschaftseinheit entstanden war.

"Ein kleines Häuflein Diplomaten / macht heut die große Politik, / sie schaffen Zonen, ändern Staaten", sang der Karnevalist Karl Berbuer - und erregte damit den Ärger der Alliierten. Die "New York Times" kommentierte das Trizonesienlied mit der Schlagzeile: "Die Deutschen werden wieder frech".

Kein Land aber fürchtete die "Frechheit" der besiegten Deutschen mehr als Frankreich. Und niemand drückte diese Furcht deutlicher aus als General de Gaulle, der 1946 als Chef der Provisorischen Regierung zurückgetreten war, als Führer der Sammlungsbewegung RPF (Rassemblement du Peuple Français) aber weiter großen Einfluß auf die französische Politik aus-

übte.

Mit allen Mitteln den deutschen Einheitsstaat verhindern

Der ursprüngliche Widerstand des Generals gegen die Errichtung der Bundesrepublik macht seine spätere Politik um so eindrucksvoller, die zur Aussöhnung und Freundschaft mit Deutschland führte und im Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 verankert wurde.

Schon früh hatten die USA und Großbritannien sich dazu entschlossen, Westdeutschland wieder aufzubauen - als vorgeschobenes Glacis im Kalten Krieg mit der Sowjetunion. Erster Schritt zum Wiederaufbau war die Schaffung größerer Verwaltungseinheiten.

Gegen diese Pläne legte de Gaulle als Chef der provisorischen französischen Regierung sein Veto ein - und widersetzte sich der Gründung der Trizone. Er sah darin den ersten Schritt auf dem Weg zu einem neuen deutschen Einheitsstaat, den er mit allen Mitteln verhindern wollte.

Erbitterter Widerstand der Gaullisten

In einer Pressekonferenz am 12. November 1947 beanspruchte Charles de Gaulle, der kein politisches Amt mehr innehatte, für ganz Frankreich zu sprechen: "Damit von Deutschland keine Drohung mehr ausgeht, schlägt Frankreich eine praktische Maßnahme vor, die ... der Natur der Dinge entspricht: Aus Deutschland darf nie mehr ein Reich werden, das heißt ein Einheitsstaat, der seine Macht in einem Zentrum bündelt und notwendigerweise auf eine Expansion mit allen Mitteln abzielt. Nous ne voulons plus de Reich."

Als der Marshallplan bereits wirksam geworden war, sah de Gaulle Frankreich immer noch "am Rande des Abgrunds", wenn das Ruhrgebiet und die Saar wieder einmal ganz zu Deutschland gehören sollten.

Es konnte daher nicht überraschen, daß der Plan zur Errichtung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl", den der französische Außenminister Robert Schuman in einer Regierungserklärung am 9. Mai 1950 skizzierte, auf den erbitterten Widerstand der Gaullisten stieß. So wütend war ihre Ablehnung, daß sie zum Teil zusammen mit den Kommunisten gegen den Schuman-Plan demonstrierten.

Geburtsurkunde der Europäischen Union

Der Schuman-Plan ist die Geburtsurkunde der Europäischen Union. Er steht am Anfang einer Entwicklung, die 13 Jahre später zum Élysée-Vertrag führte. Die "Koalition" von Kohle und Stahl sollte, in den Worten Robert Schumans, einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland "nicht nur undenkbar, sondern materiell auch unmöglich machen".

Und letztlich würde, so war die Hoffnung, die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich "auf Grundlage der Gleichberechtigung" der erste Schritt auf dem Weg zur Einigung Europas sein. De Gaulle hielt diese Hoffnung anfangs für eine "Fiktion". Er konnte kein Europa akzeptieren, in dem zwischen dem siegreichen Frankreich und dem besiegten Deutschland Parität herrschte.

Als de Gaulle 1958 wieder an die Macht kam, war er, so kommentierte Raymond Aron, klug genug, um seine frühere Haltung zur Deutschland- und Europapolitik zu vergessen. Er hatte einsehen müssen, daß Deutschland die Rolle des europäischen Störenfrieds längst an die Sowjetunion abgegeben hatte.

Nun konnte sich de Gaulle sogar mit der Idee eines deutschen "Reichs", das heißt der Errichtung eines Einheitsstaates, abfinden. Es war nicht länger das deutsche Machtstreben, es waren die "anomalies allemandes", die Teilung des Landes und ihre Folgen, welche die Stabilität des zusammenwachsenden Europas bedrohten.

Deutschland-Frankreich-Kooperation prägt die EU

Die Idee der deutsch-französischen Freundschaft konnte nur Realität werden, weil der Schuman-Plan mit dem Projekt einer Wirtschaftsunion dafür die materiellen Voraussetzungen geschaffen hatte. Nicht erst in der Fünften Republik de Gaulles - in der vom General als Parteienoligarchie gehaßten Vierten Republik wurde die Grundlage des deutsch-französischen

Bündnisses gelegt.

Als Repräsentant der Vierten Republik war niemand geeigneter als Robert Schuman, der 1947 französischer Ministerpräsident wurde und in den kurzlebigen Kabinetten der Nachkriegszeit nicht weniger als zehnmal ein Ministeramt bekleidete. Die auf de Gaulle zurückgehende Verachtung der Vierten Republik erklärt die Distanz gegenüber Schuman, die bei den Neogaullisten bis heute zu spüren ist.

Deutsche und französische Politiker aber täten gut daran, sich bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages an den Schuman-Plan zu erinnern. Die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich stand auch für Schuman im Zentrum der künftigen Entwicklung Europas.

Der Bilateralismus aber durfte, so Schuman, kein Selbstzweck sein. Er müsse stets zum Vorteil Europas - und sogar über Europa hinaus - wirksam werden. An zentraler Stelle in der Regierungserklärung vom 9. Mai 1950 heißt es, eine von Deutschland und Frankreich geprägte Europäische Gemeinschaft solle "mit Hilfe der gemeinsam erwirtschafteten Möglichkeiten die Verwirklichung einer ihrer wesentlichen Aufgaben anstreben, die Entwicklung des afrikanischen Kontinents". Damit war mehr gemeint als Entwicklungshilfe. Es ging um eine strategische Partnerschaft.

Projekte der Zukunft entwerfen

Ein Afrika-Projekt, das Deutschland und Frankreich im europäischen Rahmen gemeinsam konzipiert und energisch vorangetrieben hätten - es wäre ein Schutz vor der Routine bilateraler Selbstzufriedenheit gewesen.

Für Europa hätte es unschätzbare Vorteile erbracht. Heute ist aus dem Gebäude der "Françafrique" (französischen Afrikapolitik) eine Ruine geworden. Statt dessen staunen die Europäer über ein "Chinafrique", das ihnen vor Augen führt, welche Chance sie verpaßt haben.

Der 22. Januar 2013 wird ein verlorener Tag sein, wenn Frankreich und Deutschland nur die Erfolge der Vergangenheit feiern und nicht zugleich Projekte für die Zukunft entwerfen, die der europäischen Idee neue Zugkraft verleihen.<<

12.01.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Januar 2013 (x887/...): >>Ein Sozialesperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 80er Jahre wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.

Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!" So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.

In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei

geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.

Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu bürsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.

Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielweise einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.

Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren.

Manfred Spreng, Harald Seubert, herausgegeben von Andreas Späth: "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", ... 2012 ...<<

09.02.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Februar 2013 (x887/...): >>**Halbe Wahrheit ist ganze Lüge**

Alfred M. de Zayas erweitert "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle"

Obwohl "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" bereits 1979 erschienen ist, ist die achte, erweiterte Auflage keineswegs eine "olle Kamelle!" Jeder, dem keine der früheren Ausgaben gegenwärtig ist, wird das Buch auch heute noch, mit Gewinn in die Hand nehmen.

Vom April 1995 bis Oktober 1999 wurde die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt. Die Wehrmacht wurde als verbrecherische Organisation dargestellt, also negativer als sie die Siegermächte in Nürnberg beurteilt hatten. Vor allem dem polnischen Historiker Bogdan Musial ist es zu verdanken, daß die Ausstellung ihr abruptes Ende fand.

Wieder ist es ein Ausländer - Alfred M. de Zayas ist ein US-Amerikaner -, der uns mit einer Wirklichkeit vertraut macht, über die jeder politisch aufgeschlossene Deutsche Bescheid wissen sollte. De Zayas ist über jeden Zweifel erhaben, die Geschichte zu Gunsten Deutschlands umschreiben zu wollen. Dementsprechend waren die Rezensionen der ersten Auflagen fast überschwänglich. "Eine der wichtigsten Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte", schrieb damals "Die Welt". Bis heute gab es keine Anregungen, die Fakten oder die Sichtweise des Autors zu korrigieren. Aber ob es heute noch verbreiteten Beifall gibt?

Ja, Wehrmachtsangehörige haben schwere Verbrechen an Zivilisten und Gefangenen begangen, und derlei war nicht die seltene Ausnahme. Doch zweierlei gilt es zu berücksichtigen: Auch die Alliierten haben sich insofern versündigt, und Wehrmachtsangehörige mußten mit harten Strafen rechnen, wenn sie ohne Weisung von ganz oben ihre Pflichten schwer verletzen. Nicht wenige wurden, weil sie sich an Fremden vergangen hatten, von deutschen Militärgerichten hingerichtet.

De Zayas betont nachdrücklich, daß ihm jedes Aufrechnen fernliegt. Aber halbe Wahrheit ist ganze Lüge. Kein Verbrechen wird durch vorausgegangene Verbrechen der anderen Seite gerechtfertigt.

De Zayas' Resümee lautet: "In Tausenden von richterlichen Ermittlungen stellte die Wehr-

macht-Untersuchungsstelle fest, daß Wehrmachtssoldaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Deutsche Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene sind völkerrechtswidrig auf allen Kriegsschauplätzen erschossen worden, vor allem in der Sowjetunion ..." Wichtig ist auch zu wissen, daß, wie Zayas betont, "die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte und justizkonforme Dokumentation betrieben hat".

Alfred M. de Zayas: "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg", ... Beltheim-Schnellbach 2012 ...<<

10.02.2013

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Februar 2013 über die deutschen Nettozahlungen an die EU: >>**Nettozahler Deutschland, die Melkkuh der EU?**

Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland mehr als 200 Milliarden Euro Nettozahlung geleistet. Das sind rund 45 Prozent der gesamten Nettobeiträge aller zehn EU-Nettozahler - weit überproportional zu Deutschlands Wirtschaftsleistung.

Lange haben die Staats- und Regierungschefs gerungen - und nun, nach einem gescheiterten ersten Anlauf, eine Einigung über den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 erzielt. Nach dem am Freitag in Brüssel präsentierten Kompromiß soll der Finanzrahmen auf 960 Milliarden Euro begrenzt werden. Rechnet man Schattenhaushalte mit ein, liegt die Obergrenze für die Ausgaben bei einer Billion Euro. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wettete, die Einigung sei ein "unglaubliches Täuschungsmanöver", weil die Obergrenze nicht voll ausgeschöpft wird und tatsächlich weniger Ausgaben vorgesehen sind. Legen die EU-Parlamentarier ein Veto ein, würde der alte Finanzrahmen fortgeschrieben und jährlich um 2 Prozent erhöht.

Auffällig ist, daß in Brüssel zwar wie auf einem Basar über die Ausgabenhöhe gefeilscht wird. Woher das ganze Geld kommen soll, wird aber nur am Rande thematisiert. Das System der Beiträge wurde nicht wesentlich angetastet, es gab nur marginale Änderungen bei den Rabatten für die großen Nettozahler wie Deutschland, Österreich, die Niederlande, Schweden und jetzt neu Dänemark. Den mit Abstand größten Rabatt haben die Briten - seit Margaret Thatcher ("I want my money back") ihre Handtasche auf den Tisch schlug. Er macht 66 Prozent des Nettobeitrags aus, zuletzt 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2011. Die Briten sind damit die EU-Rabattmeister.

Monti: Italien ist der größte Nettozahler

Doch wer darf sich mit dem zweifelhaften Titel "Zahlmeister" schmücken? Die Politik traut sich nicht, einmal eine längerfristige Bilanz aufzustellen, die alle nationalen Zahlungen, Rabatte und Rückflüsse umfaßt. Deutschland ist ohne Zweifel einer der größten Nettozahler, aber ist es wirklich der größte? Jüngst reklamierte Italiens Ministerpräsident Mario Monti diesen Titel, weil sein Land im vorvergangenen Jahr einmal die höchsten Nettozahlungen - 0,38 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) - geleistet hat. Die Niederländer und die Belgier haben über Jahre ähnlich hohe BNE-Anteile an Brüssel überwiesen.

Ist Deutschland also gar nicht der Zahlmeister? Nach einer aktuellen Rechnung des emeritierten Heidelberger VWL-Professors Franz-Ulrich Willeke über den Zeitraum 1991 bis 2011 ist Deutschland sowohl absolut als auch relativ mit Abstand der größte Zahler. In diesen 21 Jahren beliefen sich die angepaßten nationalen Beiträge (nach Rabatten) Deutschlands auf 383,6 Milliarden Euro. Aus Brüssel flossen an operativen Ausgaben über die diversen Subventions- und Fördertöpfe sowie Regional- und Strukturfonds rund 213 Milliarden Euro nach Deutschland zurück. Die größten Empfänger der EU-Gelder waren die Peripherie- und heutigen Krisenländer; inzwischen ist Polen mit seinem großen Agrarsektor der Hauptempfänger von EU-Geldern.

Deutschlands Nettozahlungen belaufen sich seit Beginn der neunziger Jahre auf 170,6 Milliarden Euro - rund 45 Prozent der gesamten Nettobeiträge der zehn Nettozahler in diesem Zeit-

raum. Dieser Anteil ist deutlich überproportional zur deutschen Wirtschaftsleistung, die im betrachteten Zeitraum zwischen einem Viertel und einem Fünftel des aggregierten Bruttoinlandsprodukts der EU-Mitglieder lag. Zählt man weitere Zahlungen hinzu, etwa Zolleinnahmen und andere Abgaben, die an Brüssel abgeführt werden, lag die Nettobelastung Deutschlands seit der Wiedervereinigung noch deutlich höher: bei über 200 Milliarden Euro. Um zu wissen, wie viel diese Summe heute real wert wäre, hat Willeke die Zahlungen mit der Inflation hochgerechnet. In heutigen Preisen belaufen sich die deutschen Nettobelastungen seit 1991 auf fast 250 Milliarden Euro.

Schon seit langem, findet Willeke, ist die EU damit eine ganz erhebliche Transfer- und Umverteilungsunion - nicht erst seit im Zuge der "Euro-Rettung" Hilfspakete in Milliardenhöhe an die Peripherie gereicht werden. In den kommenden Jahren wird der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt steigen, weil die Förderung für viele Regionen in den ostdeutschen Bundesländern gekürzt wird und mehr Geld nach Ost- und Südeuropa fließt.

Sicherlich profitiert Deutschland in hohem Maße davon, daß es den EU-Binnenmarkt gibt. Für die exportorientierte Wirtschaft ist der gemeinsame Markt ein großer Vorteil, auch die Konsumenten profitieren. Daß es Transfers zwischen starken und schwachen Ländern als Ausdruck europäischer Solidarität und als Entwicklungshilfe gibt, dagegen hat Willeke nichts einzuwenden. Nur sollte die Belastung der Nettozahler proportional gleich sein, fordert Willeke. Eine solche Gleichbehandlung der Nettozahler entsprechend ihrer Wirtschaftskraft wäre gerecht und solidarisch (den Nettoempfängern würde nichts genommen).

Hätten alle Nettozahler den gleichen prozentualen Anteil ihres BNE zur Finanzierung der EU-Ausgaben geleistet, nämlich alle 0,2 Prozent jährlich, so hätte Deutschland seit den neunziger Jahren gut 60 Milliarden Euro weniger zahlen müssen. Dies sei die Differenz zwischen den geleisteten und den "angemessenen" Beiträgen, hat Willeke errechnet. Angesichts solcher Summen sieht er Deutschland nicht nur als Zahlmeister, sondern als "Melkkuh" der EU.<<

16.02.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Februar 2013 (x887/...): >>**Keine Herzensangelegenheit**

Atomausstieg: Für Schwarz-Gelb Pflicht statt Kür - Nur so lassen sich umstrittene Hermesbürgschaften erklären

Trotz Energiewende hält die Bundesregierung an Bürgschaften für den Neubau von Kernkraftwerken im Ausland fest. Die Begründung: Der "Atomausstieg" sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit und habe keine Auswirkung auf andere Staaten.

Kurz nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima I änderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unerwartet ihre Haltung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Das Unglück in Japan zeige, "daß selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht beherrscht werden können".

In Deutschland soll deshalb 2022 Schluß sein, erklärte die Regierungschefin im Juni 2011. Daß Erdbeben und Tsunamis, die in Japan erst das Desaster ausgelöst hatten, hierzulande eher selten vorkommen, spielte keine Rolle. Das Bundesumweltministerium will zudem "mit der Gestaltung der Energiewende in Deutschland Alternativen zur Nutzung der Kernenergie und der fossilen Energieträger aufzeigen und so zur Nachahmung anregen".

Doch der innenpolitische Schwenk bedeutet nicht, daß Berlin auch auf die Förderung neuer Reaktoren im Ausland verzichten will, obwohl die Bürger darauf eingeschworen werden, daß ihr Land "Vorbild für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Energiewende weltweit werden" könnte. Im Gegenteil, bei Voranfragen mehrerer umstrittener Projekte winken Garantien der Bundesregierung, die sogenannten Hermesbürgschaften, die als Sicherheiten beim Export deutscher Zulieferungen oder Dienstleistungen und somit dem Erhalt inländischer Arbeitsplätze dienen.

Wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums im August 2012 auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Ute Koczy hervorging, hat die Bundesregierung für mehrere internationale Atomprojekte eine grundsätzliche Bereitschaft zu deutschen Bürgschaften signalisiert. Die Bundesregierung hatte Interessensbekundungen, Letters of Interest, zur Prüfung von Bürgschaftsanträgen für die Projekte in Jaitapur (Indien), Temelin (Tschechien), Wylfa (Großbritannien) sowie Olkiluoto (Finnland) "bereits ausgestellt". Zudem lagen dem Interministeriellen Ausschuß für Exportgarantien Anfragen für Projekte in Cernavoda (Rumänien) sowie Hainan (China) vor. Die sieben Reaktoren im indischen Jaitapur will beispielsweise Frankreichs Konzern Areva, der auch einen Standort in Erlangen unterhält, mitten in einem Erdbeben- und Tsunami-Gebiet bauen.

Innenpolitisch drohten die Exportgarantien zum Konflikt zwischen Bund und Bayern zu führen. Eine Zusage für das tschechische Kernkraftwerk Temelin, 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, schloß das von der FDP geführte Bundeswirtschaftsministerium nicht aus, während sich die Landesregierung Bayerns um Horst Seehofer, (CSU) im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung gegen den Ausbau von Temelin und gegen die Erteilung der Bürgschaften aussprach. Für acht Milliarden Euro soll das Werk bis 2025 um zwei Reaktoren erweitert werden. Tschechiens Stromkonzern CEZ hat die deutsche Tochter des französischen Kraftwerksbauers Areva inzwischen aus dem Bieterwettbewerb geworfen, so daß die Diskussion um die Erteilung von Hermes-Exportkreditbürgschaften in diesem Fall endete.

Bereits Anfang 2010 erklärte sich Berlin grundsätzlich bereit, die Beteiligung von Areva/Siemens am Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien mit 1,3 Milliarden Euro abzusichern. Während aber im Fall Deutschlands Fukushima als "persönlicher Einschnitt" der Bundeskanzlerin reichte, bedarf es etlicher Debatten und Gutachten im Bundestag, um die Frage zu beantworten, ob der Bau des Kernkraftwerks Angra 3 in einem erdrutschgefährdeten Gebiet sinnvoll sei.

Gerne zeigen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Debatten über die Kernenergie als die moralisch überlegenen Parteien und zitieren ihre 2001 beschlossenen Richtlinien zur Exportförderung für Nukleartechnologie. Nach den verschärften "Hermes-Umweltleitlinien" sollten damals keine Hilfen für Nukleartechnologien zum Neubau oder zur Umrüstung von Atomanlagen mehr gegeben werden. Maßnahmen zur Stilllegung oder im Einzelfall zur Verbesserung der Sicherheitsstandards bestehender Anlagen sollten hingegen unterstützt werden. Dabei verschweigt die Opposition bewußt, daß die Schröder-Regierung ähnlich wie die heutige Regierung agierte und beispielsweise 1999 eine Hermesbürgschaft für die Nachrüstung des slowenischen Kernkraftwerks Krsko und ein Jahr später für Atucha I in Argentinien und Ignalina in Litauen übernommen hatte.

Noch im Januar 2013 bestätigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gegenüber dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, daß auch zukünftig der Bau von Kernkraftwerken mit Kreditbürgschaften unterstützt wird. Der Beirat hatte Ende 2012 einstimmig dafür plädiert, daß keine weiteren Bürgschaften für diese Zwecke im Ausland mehr zu vergeben seien. "Risiken, die wir selbst nicht wollen, dürfen wir auch nicht bei anderen fördern", sagte Beiratschef Andreas Jung (CDU).

Widersprüchlich ist, daß die deutsche Energiewende einerseits Vorbild für andere Länder sein soll, andererseits die Bundesregierung die internationale Zusammenarbeit im nuklearen Bereich fortsetzt, auch wenn dabei höchstmögliche Sicherheitsstandards angestrebt sind. Die Erklärung für dieses Vorgehen ist, daß die Entscheidung für oder gegen die Nutzung der Kernenergie das souveräne Recht eines jeden Staates sei.

Die Industrie stellt sich langsam auf ein Ende der deutschen Förderpolitik ein. Der brasilianische Energieversorger Eletrobras Eletronuclear erhielt kürzlich von einem der größten staatlichen Finanzdienstleister Südamerikas ein Darlehen, um die Fertigstellung der Kernkraft-

werkseinheit Angra 3 zu finanzieren. Die deutschen Energieversorger RWE und E.ON ändern ihre Strategien und ziehen sich aus Kernkraftprojekten im Ausland, wie im rumänischen Cernavoda und im finnländischen Pyhäjoki, zurück.<<

09.03.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 2013 (x887/...): >>Deutsche sollen noch mehr bluten

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.

Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. Der Nettohaushalt der EU errechnet sich aus dem, was ein Land in die EU-Kasse einzahlt abzüglich dem, was es wieder herausbekommt.

Daß Deutschland Hauptnettozahler ist, war keine Neuigkeit. Indes überrascht das drastische Ausmaß, in welchem deutsche Zahlungen diejenigen anderer EU-Staaten übertreffen. Pro Kopf indes zahlten die Niederländer allerdings noch etwas mehr als ihre deutschen Nachbarn. Doch dies soll sich nach dem neuesten EU-Haushaltsentwurf ändern. Danach werden die Deutschen künftig auch pro Kopf mehr belastet als alle anderen. Holländer und Schweden folgen auf Platz zwei und drei.

Das ist jedoch erst der Anfang: Die Vorschläge des "Hamburger Weltwirtschaftsinstituts" (HWWI), welche die PAZ in der vergangenen Woche vorgestellt hat ("Testballon für Beutezug"), standen nach jüngsten Informationen des "Handelsblattes" bereits auf der Tagesordnung eines Treffens des deutschen Finanzministers mit seinem französischen Kollegen.

Was vergangene Woche noch als kruder Testballon aufgefaßt werden konnte, befindet sich also bereits im Stadium konkreter Verhandlungen: Zehn Prozent des verfügbaren Einkommens aller Beschäftigten eines Landes sollen nach dem Plan an die EU abgeführt werden, die das Geld dann streng nach Einwohnerzahl wieder umverteilt. Für Deutschland bedeutet dies eine Netto-Mehrbelastung von vermutlich 30 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kämen weitere zehn Milliarden netto für die vom HWWI vorgeschlagene gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung.

Allein dadurch würde sich der jährliche deutsche EU-Nettobeitrag von bislang rund zehn Milliarden Euro glatt verfünffachen. Und dabei handelt es sich bloß um Schätzungen, die im Bezug auf die deutschen Nettozahlungen in der Vergangenheit von der Wirklichkeit noch einmal übertroffen wurden.

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ist aber selbst das noch nicht genug. Der Belgier schlägt vor, eine Art gemeinsamer Konjunktur-Hilfskasse einzuführen. In diese sollen Länder mit guter Wirtschaftslage einzahlen, damit Länder mit schwacher Konjunktur bezuschußt werden können. Dies würde nach gegenwärtigem Stand weitere, unabsehbare Nettobelastungen für die Deutschen mit sich bringen.

Neben der Konjunktur soll in die Berechnung von Bedürftigkeit oder Zahlungspflicht auch der Stand der Arbeitslosigkeit einbezogen werden, wünscht sich Van Rompuy. Hier würden Länder wie Spanien, die selbst bei sehr guter Konjunktur hohe Arbeitslosenzahlen ausgewiesen haben, dauerhaft bevorzugt. Gut abschneiden würden auch Staaten mit einer hohen Quote an Schwarzarbeit, denn unangemeldete Tätigkeiten tauchen in der offiziellen Beschäftigungsbi-

lanz natürlich nicht auf.

Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.

Nun hat man offenbar eine Möglichkeit eronnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.

Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingegen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlich Deutschland zu.<<

11.03.2013

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. März 2013 über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>Pädophilie: Di-stanzierungstango in der Pädofrage

Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lummel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand

Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpiert: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im

Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:

"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:

Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."

Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.

In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.

Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.

Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.

Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.

Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation "Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rührigsten Organisatoren des Treffens.

Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".

Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.

Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.

Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.

Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die

FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.

Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitage sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".

Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.

Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.

Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.

Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.

Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagrafen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.

Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".

Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.

Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welche fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.

Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wach-

sende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivistinnen die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."

In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivistinnen, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.

Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.

Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.

Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.

Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.

Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wir-

kung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerlässlich sei.

Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.

Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.

Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.

1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<

01.04.2013

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 1. April 2013 (x893/...): >>Ich war Freimaurer - Das zerstörerische Wirken der Logenbrüder: Der Papst ist Feind Nr. 1

(Paris) Der französische Arzt und Buchautor Maurice Caillet, ein ehemaliger Freimaurer und Meister vom Stuhl, der sich zum Christentum bekehrte, gab am 20. Februar dem Internetradio *Culturacattolica.it* ein Interview über die Freimaurerei, deren subversives Wirken und seine Bekehrung.

Caillet, Sohn atheistischer Eltern und von Jugend an erklärter Kirchenfeind, wurde 1969 im Alter von 35 Jahren in Rennes in eine Loge des *Grande Orient de France* aufgenommen. Eine der ältesten und mächtigsten Logen. Er brachte es dort bis zum 18. Grad der Rosenkreuzer. Er hatte damit Zugang zu den höheren Graden des Schottischen Ritus, die den meisten Logenbrüdern der niederen Grade unbekannt sind. Caillet interessierte sich für Okkultismus, Weiße Magie und Radiästhesie.

Er gehörte in den 70er Jahren zu den französischen Pionieren der Familienplanung, und setzte sich für die Verbreitung von künstlichen Verhütungsmitteln und die Legalisierung der Tötung ungeborener Kinder ein. Als Mitglied der Sozialistischen Partei und Freund von Staatspräsident Mitterrand konnte er als Stuhlmeister seiner Loge nach dessen Wahl ein explosionsartiges Interesse an Logenmitgliedschaften erleben. Ebenso konnte der aufstrebende Meister den Einfluß der Logenbrüder in Politik, Medien, Wirtschaft und öffentlichem Dienst aus nächster Nähe erleben.

1984 begleitete er seine kranke Frau nach Lourdes, wo sein Leben eine radikale Wendung nahm. Als er dort erstmals in seinem Leben einer Heiligen Messe beiwohnte, hörte er eine "sanfte Stimme, die mich rief, und die weder die Stimme meines Gewissens noch eine äußere Stimme war. Die Stimme rief mich bei meinem Namen und sagte zu mir: Es ist gut, daß du mich um die Heilung deiner Frau bittest. Aber was hast du mir zu bieten?" In diesem Augenblick bot er sich selbst an. "Es war alles, was ich zu bieten hatte. Nicht wenig für einen Atheisten, der 40 Jahre lang ein Kirchen- und Priesterhasser war", so Caillet in einem seiner Bücher über das Ereignis, das am Beginn seiner Bekehrung stand.

Heute ist er Ehrenmitglied der *Alliance Vita*, die sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt. Caillet engagiert sich heute auch aktiv gegen Ehescheidung, Homo-Ehe, die Drogenfreigabe und die Euthanasie, da es "die perfekte Ordnung Gottes zu verteidigen, gegen die Pläne der zerstörerischen Freimaurerei".

Caillets Bücher sind in Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch und Polnisch erschienen. In deutscher Übersetzung liegen sie nicht vor. Zum Thema Freimaurerei verfaßte er unter anderem: *Das Geheimnis der Logen im Lichte Christi* (1998), *Hedonismus und Christentum* (2001), *Gott ist nichts unmöglich. Die Gabe der Heilung* (2002), *Die Freimaurerei: Sünde wider den Geist?* (2002), *Okkultismus und Christentum. Unterscheidungshilfen* (2005), *Katholik und Freimaurer: ist das möglich?* (2008)

Was ist die Freimaurerei?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei ist nebulös. Die Leute treten ihr aus den unterschiedlichsten Motiven bei, so wie der Zweck ihres Beitritts vielfältig ist. Was behauptet sie von sich selbst? Offiziell das Gute zu wollen und die Menschheit zu bessern. Die menschliche Vernunft mit ihren Projektionen und ihren Rechtfertigungen ist eine Art von Gottheit für die Freimaurer.

Wie entstand sie?

Maurice Caillet: Der Mythos will, daß die spekulative Freimaurerei im 18. Jahrhundert durch eine Weiterentwicklung aus der sogenannten "operativen" Freimaurerei entsteht. Der Mythos will (aber es gibt verschiedene), daß die moderne Freimaurerei der Erbe der mittelalterlichen Baumeister der Kathedralen ist. Deshalb behaupten die Freimaurer, von der Erbauung von Gebäuden zur "Erbauung der Welt" übergegangen zu sein. Und zwar durch Ideen, nicht praktisch.

Ist es wahr, daß die Freimaurerei mit dem Judentum verbunden ist?

Maurice Caillet: Das hängt davon ab. Es ist nicht leicht, das zu sagen. Es ist wahr, daß im Inneren der Logen eine gewisse "Kompatibilität" besteht zwischen der jüdisch-hebräischen Ideologie, die eine völlig himmlische Hoffnung und der freimaurerischen Ideologie, die eine völlig irdische Hoffnung vertritt. Für die Christen ist das anders.

In Wirklichkeit, das ist zu betonen, kommt der ideologische Impuls der Freimaurerei vom Naturalismus, von der Naturrechtsphilosophie, vom Nominalismus und auch vom Protestantismus. Wahr ist, daß die Freimaurerei auf die Durchsetzung einer Universalreligion abzielt, das Judentum eines universalen Gottes. Auch in dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Kompatibilität.

Wie kann man einen Freimaurer erkennen? Stimmt es, daß es untereinander Erkennungszeichen gibt?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Zeichen. Es ist aber auch wahr, daß es eine Geheimhaltungspflicht gibt. Deshalb ist man sehr vorsichtig, diese Zeichen gegenüber Unbekannten zu gebrauchen. Ich zum Beispiel erfuhr öfter, daß jemand Freimaurer ist, weil er es mir sagte, als durch seltsame Erkennungsgesten.

Wie haben Sie die Freimaurerei verlassen?

Maurice Caillet: 1984. Ich war mit meiner schwerkranken Frau in Lourdes. Da ich nicht mit ihr in die Becken konnte, ging ich zufällig in eine Krypta. Dort wohnte ich zum ersten Mal in meinem Leben einer Heiligen Messe bei. Und ich hörte mich plötzlich persönlich von Christus gerufen. Darauf - noch heute kann ich mir selbst diese Momente kaum erklären - ging ich nach der Messe zum Pfarrer und bat ihn um die Taufe.

Wie reagierte die Loge, der Sie angehörten, auf Ihre Bekehrung?

Maurice Caillet: Als ich es in der Versammlung ankündigte (eine solche findet in jeder Loge alle 15 Tage statt), ... sehr schlecht, wirklich sehr schlecht. Niemand schaute mich mehr an. Sie wußten nicht, was sie sagen sollten. Da habe ich die "Toleranz" kennengelernt, die sich die Freimaurerei so groß auf ihre Fahnen geschrieben hat, die sie ständig vor sich herträgt. Für die Katholiken gilt sie nicht. Aber ich hatte mir das schon erwartet: Der Papst ist der Feind Nummer Eins der Freimaurer.

Gibt es in Frankreich Katholiken, die Freimaurer sind?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Katholiken, die Freimaurer werden ...

Auch Priester und Bischöfe?

Maurice Caillet: Ob es freimaurerische Bischöfe gibt, weiß ich nicht mit Sicherheit. Ich weiß aber, daß es Bischöfe gibt, die - man möge mir den Ausdruck nachsehen - mit der Freimaurerei flirten und sich im Gespräch mit ihr befinden. Ich verstehe nicht, was die Absicht, was das Ziel dabei sein soll ...

Welches sind die Dinge, denen die Freimaurerei am meisten Aufmerksamkeit schenkt?

Maurice Caillet: Die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Vor allem zu den Themen, die die Freimaurerei auf politischer Ebene voranträgt und die sie für wichtig für ihre Pläne hält. Die Abtreibung: damals, als das Gesetz diskutiert wurde, wurde enormer Druck auf die Medien ausgeübt, um die Meinung der Massen zu lenken, aber noch mehr Druck wurde auf die Politiker der Rechten ausgeübt, die sich 1974 dann tatsächlich nicht mit Entschiedenheit widersetzen, sodaß das Gesetz ohne Probleme durchging.

Heute sind die Themen: Homo-Ehe, Relativismus, Libertinage, Verhütungsmittel, Scheidung, Hedonismus, Genußsucht, die Ablehnung des Leidens.

Der Mensch muß frei sein, sich dem Genuß hinzugeben. Das ist die Besserung der Menschheit, auf die die Freimaurerei abzielt.

Welche Rolle spielen Okkultismus, Esoterik, Magie?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei würde ohne Esoterik nicht existieren, sie ist eine Form von Esoterik.

Und ihre Rituale haben alle mit Magie zu tun, mit der Beschwörung obskurer Kräfte, von der Initiation angefangen.

Das Motto der Freimaurerei lautet *liberté, égalité, fraternité*, es dürfte Ihnen bekannt vorkommen. Die Interpretation dieses Mottos ist aber nichts anderes, als eine Form der Nachf-

fung des Christentums.

Damals schon fragte ich mich manchmal, ob der Teufel in der Freimaurerei gegenwärtig ist. Ja, er ist es. Ich selbst habe im Augenblick, als ich aussteigen wollte, diese Gegenwart gespürt.

Kann es zwischen Katholiken und Freimaurern Versöhnung geben?

Maurice Caillet: Es ist schwierig. Noch schwerwiegender aber ist, daß sich die Katholiken nicht genau im Klaren sind, warum für sie die Mitgliedschaft bei den Freimaurern eine schwere Sünde ist. Viele wissen es einfach nicht. Viele sagen, daß sich die Kirche seit 1983 nicht mehr geäußert hat und daß die Exkommunikation aufgehoben worden sei. Es herrscht keine Klarheit.

Akzeptiert die Freimaurerei auch Atheisten?

Maurice Caillet: Das kommt darauf an: Der Großorient von Frankreich in der Theorie ja. Die Nationale Großloge von Frankreich in der Theorie nein. Aber auch dort, wo dieser Große Baumeister aller Welten gilt oder wo irgendeine Form von Glauben an Gott gefordert wird, spielt Gott in Wirklichkeit keine Rolle. Deismus vielleicht.

Man spricht in der Freimaurerei von "Niederer Graden" und "Hochgraden", aber auch von einer ausgeprägten Gleichheit unter den Logenbrüdern. Wie sieht es wirklich aus?

Maurice Caillet: Es ist sehr kompliziert. Der Großteil derer, die in die Freimaurerei eintreten, hat nicht die geringste Vorstellung davon, was sie wirklich ist. Sie wissen einfach nicht, in was sie sich hineinstürzen.

Die Freimaurerei unterteilt die Menschheit in zwei Gruppen: die Initiierten, also die Wissenden und die Unwissenden. In Freimaurer und Nicht-Freimaurer.

Wer aber den Niedergraden, vor allem den drei ersten Graden angehört, hat nicht die geringste Idee von dem, was in den Hochgraden geschieht.

Ein Lehrling weiß nicht, was die Gesellen tun, die Gesellen wissen nicht, was die Meister tun. Deshalb sind jene, die den niederen Graden angehören, nicht viel mehr als Instrumente für die Oberen. Was geschieht in den "Ateliers de perfectionnement"? Ein Lehrling weiß es nicht.

Was geschieht in der "Blauen Loge", in der "Johannesloge", in der "Grundloge". Nur wenige wissen, was geschieht. Der Unterschied aber ist enorm.

Ich hatte es bis zum 18. Grad geschafft. Von den Hochgraden weiß ich, daß vom 30. Grad verlangt wird, die "Tiara der Päpste" mit den Füßen zu treten.

Der Papst ist der Feind Nummer Eins. Das weiß in Wirklichkeit jeder, auch jene, die es nicht sagen. Die katholische Kirche ist universal, hat einen Papst, der die Integrität des Glaubens verteidigt. Eines Glaubens, der sich "der Welt widersetzt". Die Katholische Kirche ist der Feind der Freimaurerei.

Wird für die freimaurerischen Riten der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhoben?

Maurice Caillet: Ich war Chirurg, ein Arzt, und ich kann sagen, daß vom wissenschaftlichen Standpunkt die freimaurerischen Riten einfach nur absurd sind.

Wie eng ist die Verbindung Freimaurerei-Politik?

Maurice Caillet: Seit dem Zweiten Weltkrieg haben wir in Frankreich mindestens 50 Minister gehabt, die dem Großorient angehörten. Die derzeitige sozialistische Regierung zum Beispiel ist freimaurerisch, sehr sogar.

Wir leben in einer Gesellschaft, die auf einer freimaurerischen, laizistischen Grundlage beruht, der eine oder andere erleuchtete Intellektuelle schlägt vor, Weihnachten in ein "Fest der Freiheit" oder ein "Fest der Kinder" umzuwandeln. Die Freimaurerei steckt auch hinter solchen Plänen? Oh ja. So wie sie zu meinen Zeiten hinter den Plänen zur Legalisierung der Abtreibung steckte. Ich selbst habe Abtreibungen in der Bretagne durchgeführt. Ich war sogar der erste dort und trug dazu bei, dieses Modell von "Fortschritt und Toleranz" zu verbreiten. Und heute sind die Themen jene, die wir jeden Tag sehen.

Stimmt es, daß Sie für die Bekehrung der Freimaurer beten?

Maurice Caillet: Jeden Tag. Viele Freimaurer sind Männer, die sich verirrt haben. Sie haben sich auf der Suche nach Antworten über das Leben und ihr Schicksal verirrt. Sie wissen nichts von Jesus. In Frankreich wissen heute nur mehr wenige etwas von Jesus, so wie ich nichts von ihm wußte, und so wie ich landen viele in den Logen. Für sie bete ich.

Übersetzung: Giuseppe Nardi<<

Kontakt: Mysteries, Postfach, CH-4002 Basel, ... www.mysteries-magazin.com ...<<

17.05.2013

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>Fassade

"Demokratie"

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."

Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingekullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.

Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.

Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.

Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.

Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.

Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.

Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative

System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.

Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.

Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinierend - organisieren.

Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.

Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.

Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.

Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.

Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.

Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die

spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Sowie dem Staat die angemäßen inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfielen zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.

Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.

Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmanden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.

Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.

Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

22.06.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juni 2013 (x887/...): >>Rustikale Rhetorik

Udo Ulfkotte rechnet ab

Der promovierte Politikwissenschaftler Udo Ulfkotte ist ein Viel- beziehungsweise Schnell-schreiber und bedient sich zudem gerne einer rustikalen Rhetorik. So enthält sein neuestes Werk "Raus aus dem Euro - Rein in den Knast" unter anderem arg primitive Ausdrücke wie "Party-Pupser", "Maul halten!" und "Mediale Sauerei". Manchmal geht es aber auch eleganter: "Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Allerdings übt Ulfkotte sich nicht nur in Politikerschelte, denn genauso sehr geht es ihm darum, den Kritikern der ungeliebten Weichwährung ein Denkmal zu setzen. Und da wiederum verfällt er plötzlich in ein ungewohnt süßliches Pathos: "In der Kathedrale unserer Herzen wird für jene, die uns vor der Aufgabe von D-Mark und Schilling gewarnt haben, für immer

eine Kerze brennen."

Mit der Spezies der Euro-Befürworter rechnet Ulfkotte zu Beginn seiner Darstellung in durchaus berechtigtem Furor ab und spart dabei nicht mit Ratschlägen, wie wohl nur er sie formulieren kann: "Was wir brauchen, ist Nürnberg 2.0."

Zu inhaftieren und vor ein Volkstribunal zu stellen sind seiner Meinung nach unter anderem folgende Einpeitscher des "Teuro": Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Gerhardt, Joschka Fischer, Johannes Rau, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Oskar Lafontaine, Hans Eichel, Jutta Limbach und Horst Köhler. Dazu kämen ihre medialen Helfershelfer - allen voran der janusköpfige Moralist Ulrich Wickert und die Ex-Stewardess Sabine Christiansen.

Und in der Tat weiß man als Bürger nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man sich all die machiavellistischen Versprechen vergegenwärtigt, die diese Personen vor der Euro-Einführung abgegeben haben: "Die Stabilität des Euro wird größer sein als die der Deutschen Mark", tönte beispielsweise der dauerqualmende Elder Statesman Helmut Schmidt im Juni 1997.

Insofern hat Ulfkotte völlig recht, wenn er feststellt: "Der Euro ist eine beispiellose Serie von Vertragsbrüchen, Lügen und Betrug." Ebenso zutreffend ist seine Feststellung, daß der ökonomische Kamikazeakt der Abschaffung der D-Mark Teil einer Strategie war, die auf die weitere "Amputation der deutschen Identität" abzielte.

Die wohl wichtigsten Passagen von Ulfkottes Buch, welches sich wieder einmal vorrangig auf Internetquellen stützt, sind allerdings die, in denen es um die Behandlung prominenter Euro-Gegner wie Karl Schiller, Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider geht: Hier kann man sehr schön nachlesen, wie eine Allianz von beschränkt-willfähigen Journalisten, Verfassungsschützern und Antifa-Denunzianten Gesinnungsterror ausgeübt und die Rechtsextremismus-Keule geschwungen hat, um sämtliche Skeptiker mundtot zu machen.

So wurde dem renommierten Staatsrechtler Schachtschneider straflos unterstellt, er sei ein Sympathisant der NPD. Oder nehmen wir den Fall des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Alfred Mechttersheimer: Dessen Anti-Euro-Initiative fand wie selbstverständlich Eingang in die Verfassungsschutzberichte sämtlicher Bundesländer. Dabei haben sich die Prognosen der Mahner mittlerweile samt und sonders als richtig erwiesen.

Fazit: Ulfkotte hat ein wichtiges und gut lesbares Kompendium zum Thema Massenmanipulation, Wählerbetrug und politischer Skrupellosigkeit à la Bundesrepublik Deutschland vorgelegt, welches in seiner Diktion allerdings oft eher der "Bild"-Zeitung als einem seriösen Sachbuch ähnelt.

Udo Ulfkotte: "Raus aus dem Euro - Rein in den Knast. Das üble Spiel von Politik und Medien gegen Kritiker der EU-Einheitswährung", ... Rottenburg 2013 ...<<

Juni 2013

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**

L'EURO: une affaire franco-allemande?

Der EURO-Währungsraum steckt weiter in einer Dauerkrise. Die Risiken und Weiterungen bleiben unübersichtlich. In Deutschland wird die Euro-Politik vornehmlich von Ökonomen diskutiert. Die politischen Fragen sind aber entscheidender. Das heißt nicht, daß die Ökonomie aus der politischen Debatte ausgeblendet werden soll und darf. Sie kann aber die politische Reflexion nicht ersetzen.

Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung

Die politische Fragestellung ist schon deshalb zwingend, weil der EURO in erster Linie ein

politisches Projekt ist. Erst in zweiter Linie wurde von der gemeinsamen Währung auch ökonomischer Nutzen erwartet. Die Entstehungsgeschichte läßt daran keinen Zweifel.

Die Pläne für eine gemeinsame Europawährung gehen zwar bis in 1970er Jahre zurück. Sie wurden aber von deutscher Seite mehr oder weniger dilatorisch behandelt, da man mit der D-Mark und ihrer starken Stellung ganz zufrieden war. Warum sollte man ohne Not davon abrücken? Deshalb wurde von deutscher Seite die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung gerade im Hinblick auf die ökonomischen Folgen der Einheitswährung betont. Frankreich hingegen drängte, da es sich von der dominanten Politik der Bundesbank in seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen eingeengt, ja bevormundet sah und an den Entscheidungen zumindest mitwirken wollte.

Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind.

Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden, es gab ein "quid pro quo". Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit (zögernd) zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte. Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt.

Nach der französisch-deutschen Übereinkunft vom Spätherbst 1989 ging alles ganz schnell. Schon im Februar 1992 wurde mit dem Maastricht-Vertrag der Prozeß der EURO-Einführung in Gang gesetzt. Allerdings wurde die Einführung der europäischen Einheitswährung von Deutschland nicht blindlings mitgetragen. Es gab zu viele Bedenken. Der deutsche Einfluß auf die künftige Einheitswährung konnte insoweit gewahrt werden, als u.a. die zu errichtende Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank unabhängig sein sollte und deutsche Interessen durch die "No-bail-out"-Klausel sowie das Verbot der Staatsfinanzierung vertraglich gesichert erschienen. Andere Bedenken, insbesondere der Einwand, daß auch politisch nicht gelingen könne, was wirtschaftlich falsch sei, wurden vom Tisch gewischt.

Die Politik entschied, die Wirtschaft hatte zu folgen. Das ist das Grundgesetz, nach dem die europäische Einheitswährung ins Leben gerufen wurde. Das muß wissen und in Rechnung stellen, wer über die Zukunft und die Fortentwicklung der EURO-Währung diskutiert. Es gilt der unbedingte Vorrang der Politik, auch wenn das zu Fehlentwicklungen führen kann und Opfer fordert. Zur Erinnerung: auch bei der deutschen Einheit wurde mit dem 1:1 Währungstausch von DM und Ostmark unter ökonomischen Gesichtspunkten ein Fehler gemacht, der aber politisch notwendig war. Dafür mußte nach der Wiedervereinigung mit dem Niedergang der ostdeutschen Industrie bezahlt werden, die nicht mehr konkurrenzfähig war.

Wie man auch aus zahlreichen anderen Beispielen weiß, folgt die Wirtschaft nicht immer den politischen Vorgaben. Manchmal geht es gut, manchmal aber auch nicht. Letzteres ist immer dann der Fall, wenn sich die Wirtschaft den politischen Rahmenbedingungen nicht oder nicht schnell genug anpassen kann. Mit anderen Worten: wenn die notwendigen Opfer zu groß werden. Dann erwachsen aus der Ökonomie Probleme, die wiederum die Politik in Frage stellen und eine Politikänderung erzwingen. Aber immer entscheidet letztlich die Politik: welche Opfer sind zu vertreten und durchsetzbar, welche nicht? Die Politik bleibt Herrin des Verfahrens. Das gilt auch für den EURO.

Die Entscheidung für den EURO war eine französisch-deutsche, geboren in den dramatischen Monaten der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990. Mitterrand setzte, wie es Frankreichs voluntaristischer Staatstradition entsprach, ganz auf die Politik. Deutschland vertraute auf wirtschaftliche Interessen, die sich in der EU pragmatisch annähern sollten. Dafür

braucht es Regeln und Zeit, damit sich die gemeinsamen Interessen der Staaten im EURO-Raum entwickeln (können). Das ist hart gezeichnet, die konkreten deutsch-französischen Gegensätze waren und sind weniger scharf.

Den Staaten, die dem EURO-Währungsgebiet beitraten, schienen diese Gegensätze überbrückbar, anderen, die dem EURO fern blieben, wie Großbritannien, Tschechien, Schweden aus unterschiedlichen Gründen nicht. In Deutschland erhoben vor allem Ökonomen ihre warnende Stimme.

Interessen der EURO-Staaten

Der deutsch-französische Interessenausgleich ist zwar notwendig aber nicht ausreichend. Deshalb sind die Interessen der anderen Staaten der Eurozone in den Blick zu nehmen - wenn das auch nur cursorisch möglich ist.

Allen Staaten der EURO-Zone kann man den "sacro egoismo", das Eigeninteresse unterstellen, sei es ökonomischer oder politischer Art. Das Kalkül ist unterschiedlich: alle erhoffen und errechnen sich ökonomische Vorteile, was nicht nur legitim sondern auch erwünscht ist. Politisch mag es zusätzlich für ostmitteleuropäische Länder erstrebenswert sein, nun endgültig als Vollmitglied zu Europa zu gehören und dort einen politischen Stabilitätsanker zu finden. Tschechien scheint ein Sonderfall zu sein, ist aber aufgrund seiner zentralen geographischen Lage ohnehin immer mit dabei. In der Vergangenheit war die EU für Spanien, Portugal und Griechenland nach der Überwindung der Diktaturen als politischer Stabilitätsanker wichtig. Heute dürfte in den südeuropäischen Peripheriestaaten das ökonomische Interesse überwiegen, jedenfalls solange die Subventionen fließen.

Italien ist ein Sonderfall: Italien sieht sich als Gründungsmitglied und wegen seines wirtschaftlichen Gewichts als Kernland der EU. Seit Bestehen der Vorgängerorganisationen der EU war Italien freilich immer auch Empfängerland von Subventionen - in welcher Form auch immer. Das wird nicht hinterfragt und ist aus italienischer Sicht konstitutiv für seine Mitgliedschaft. Die Politik dient dem Ziel, daraus den größten Nutzen zu ziehen.

Italienische Interessen werden zu gesamteuropäischen erklärt und ihre Ablehnung als Verrat an Europa kritisiert. Widerspruch erfährt Italien selten, weil es wegen seiner Größe über ein beträchtliches Schadenspotential verfügt aber wiederum nicht so mächtig ist, um tatsächlich ganz großen Ärger hervorzurufen. Unübersehbar ist ein gewisses Anlehnsbedürfnis Italiens an die Brüsseler EU-Zentrale. Oft wird über Brüssel das in Italien durchgesetzt, was wegen der Schwäche der eigenen Politik und Institutionen nicht möglich ist. Man lehnt sich im Sessel zurück und erwartet von Brüssel Taten, die dann allerdings auch von Brüssel zu bezahlen sind.

Inwieweit für viele Euro-Länder auch gesamteuropäische Interessen wichtig oder gar entscheidend sind, läßt sich schwer beurteilen. Die Überwindung alter Streitigkeiten, die sich in verheerenden Kriegen entluden, verblaßt als einigende Erinnerung immer mehr. Verbal treten die Regierungen natürlich für gesamteuropäische Interessen ein: Handelsinteressen auf globaler Ebene, die politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung Europas, europäischer Mitgestaltungswille in einer multipolaren Welt, weltweite Vertretung und Durchsetzung der Menschenrechte etc.

Wie weit das trägt, wenn konkrete Eigeninteressen entgegen stehen, ist oft fraglich und Gegenstand eines komplizierten Interessenausgleichs. Größere Länder versuchen, sich durchzusetzen, kleinere suchen Verbündete, selbstlose Solidarität ist eher die Seltenheit. Dennoch sind unter dem Strich - bisher - alle der Meinung, daß ihre Interessen im großen Konvoi der Eurozone besser aufgehoben sind als außerhalb. Für EU-Länder, die nicht der EURO-Währungsverbund angehören, wie Großbritannien, Schweden, Polen etc. sieht das partiell anders aus.

Katastrophenszenarien

Wenn bisher alle EURO-Länder an der gemeinsamen Währung festhalten (wollen), so scheint das nicht zuletzt an den Horrorszenarien zu liegen, die für den Fall eines Austritts oder Zerbrechens der Eurozone an die Wand gemalt werden. Das finanzpolitische, wirtschaftliche und politische Chaos wird in apokalyptischen Farben heraufbeschworen, die große Angst vor dem Untergang Europas, ja der Weltwirtschaft wird mit aller Macht geschürt. Wegen der befürchteten Ansteckungsgefahr wurde sogar ein Austritt Zyperns abgelehnt, obwohl es sich bei Zypern um eine wirklich sehr kleine Volkswirtschaft handelt.

Es ist schwer, wenn nicht sogar unmöglich, den Wirklichkeitsgehalt dieser Szenarien zu beurteilen. Gerade unter Ökonomen gibt es ganz unterschiedliche und gegensätzliche Ansichten. Natürlich wird es darauf ankommen, wie etwa die Suspendierung, der Austritt eines oder mehrerer Länder, der Umbau oder die Auflösung der EURO-Währungszone gestaltet wird. Ein ungeordnetes Auseinanderbrechen der Eurozone wäre sicherlich mit ganz erheblichen Schäden verbunden. Niemand kann auch fatale Nebenwirkungen ausschließen, wenn der EURO-Währungsraum umgebaut wird oder zusammenbricht.

Hinter den verschiedenen Meinungen stehen immer auch massive Interessen der verschiedenen politischen und ökonomischen Akteure. In Deutschland haben z.B. die Exportindustrie und Teile der Finanzwirtschaft ganz andere Interessen als etwa der Mittelstand. Das gilt auch für die internationalen Akteure, man denke nur an den Finanzinvestor Soros mit seinen angeblich altruistischen Vorschlägen oder an die angelsächsisch geprägte internationale Finanzindustrie. Alle versuchen zu suggerieren, daß allein sie das Allgemeinwohl auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene vertreten.

Auffällig ist, daß sogar die Regierungen Zyperns, Griechenlands, Portugals und Spaniens am EURO festhalten wollen, obwohl das eine Politik bedingt, die die eigenen Mehrheiten gefährdet und das Ende ihrer Regierungen bedeuten könnte - was in der jüngsten Vergangenheit ja bereits geschehen ist.

Ist es Verantwortungsbewußtsein für die übergeordnete Europapolitik oder die Aufrechterhaltung der Weltwirtschaft? Wollen sie die Schuld nicht auf sich laden, wenn das ganze Gebäude zusammenkracht? Werden sie unter Druck gesetzt? Welches Eigeninteresse haben sie an einem Verbleib im EURO-System und wie stark ist dieses Interesse?

Sicher wollen sie einen Staatsbankrott mit seinen Folgen vermeiden, obwohl es in der Geschichte genug Beispiele für einen erfolgreich überstandenen Staatsbankrott gibt. Ein europäischer Bail-out (Rettungsschirm) oder ein Schuldenschnitt schafft Erleichterung. Eine nicht ganz unbegründete Vermutung geht dahin, daß mittelfristig und auf längere Sicht - über die bereits bestehenden Subventionen im EU-Rahmen hinaus - große Finanztransfers erwartet werden, die ein Ausharren in der prekären, gegenwärtigen Situation als sinnvoll erscheinen lassen. Die ganze Diskussion um Eurobonds, eine Haftungsgemeinschaft oder auch die Bankenunion dreht sich letztlich um diesen Punkt.

Deutsch-französischer Motor

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist das Herzstück des europäischen Einigungswerks. Ohne eine deutsch-französische Übereinkunft in zentralen Fragen geht nichts in Europa. Allerdings reicht sie auch nicht aus, wenn bedeutende Entscheidungen anstehen: Verbündete sind notwendig, die die Politik mittragen. Deutschland und Frankreich haben ein enormes politisches Kapital in das europäische Einigungswerk investiert und über Jahrzehnte viele Krisen gemeinsam durchgestanden. Seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den 1950er Jahren, der Politik des leeren Stuhls de Gaulles, dem Streit um die Nachrüstung Anfang der 80er Jahre, der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 und der EU-Erweiterung ist sehr viel erreicht worden.

Jeder weiß das und doch entsteht in letzter Zeit der Eindruck, daß dieses gewachsene Vertrau-

enskapital zunehmend aufs Spiel gesetzt wird. Aus Deutschland kommen Mahnungen und Kritik an die Adresse von Staatspräsident Hollande, endlich durchgreifende Reformen einzuleiten und durchzusetzen.

Selbst wenn von deutscher Seite vorausgeschickt wird, daß unter Freunden auch Kritik möglich sein muß, ist das nicht immer hilfreich. Es ist kein Geheimnis, daß Hollandes Mehrheit in Parlament und Senat solche "Reformen" entschieden ablehnt. Gegen einen Coup, wie Kanzler Schröder ihn mit der Agenda 2010 gewagt hat, haben sich die französischen Sozialisten und ihre Verbündeten schon massiv verwahrt und tief eingegraben.

Aus Frankreich kommen Sticheleien, die die deutsche Wesensart wie in alten Zeiten pauschal kritisieren. Im liberalen Mainstream-Blatt "Le Monde" erscheint ein ganzseitiger Artikel mit der Überschrift "L'Allemagne paiera!" (Deutschland wird/muß zahlen), der die deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag von 1919 referiert und Folgerungen für heute zieht (8.6.2013). Wäre Europa schon stärker zusammen gewachsen, könnte man das als den üblichen innenpolitischen Streit (Bayern gegen Preußen) abtun. Aber soweit sind wir in Europa eben noch nicht. Es droht eher ein Rückfall in alte Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster, die das Klima vergiften und Lösungen erschweren.

Die Quelle der gegenseitigen Irritation ist der EURO und das Ringen um seine Zukunft. Die damit gestellten Fragen sind komplex und betreffen Politik- und Wirtschaftsbereiche, die in ihren Auswirkungen vom Normalbürger kaum zu überschauen, geschweige denn zu beurteilen sind. Wer kennt schon die Verästelungen der Geldpolitik oder hat den Durchblick über die komplizierten und langwierigen Entscheidungsprozesse in Brüssel?

Um so größer ist die Versuchung, mit Verallgemeinerungen, Ängsten und dem Rückgriff auf längst überwunden geglaubte Vor- und Fehlurteile zurückzugreifen. Der EURO sollte die Menschen in Europa zusammenführen, er sollte ein solider Stützpfiler des europäischen Einigungswerkes werden. Nun produziert er Risse, die das gesamte Gebäude mit dem Einsturz bedrohen.

Die Irritation der Bürger in Deutschland und Frankreich speist sich nicht nur aus den EURO-Problemen, sondern richtet sich auch gegen die EU insgesamt. Die rasche und geographisch weit ausholende EU-Erweiterung u.a. hat viele Franzosen und Deutsche verunsichert, die Freizügigkeit und das Schengen-Abkommen werfen immer wieder Fragen auf, wenn Mißbrauch aufgedeckt wird. Die Brüsseler Bürokratie, die unnötig mit Einzelregelungen in viele Lebensbereiche eingreift, ist ein Ärgernis. Brüssel wird als Wasserkopf empfunden, wo die Mitarbeiter glauben, wegen ihrer Gehälter Streiks leisten zu können, obwohl sie wesentlich mehr verdienen, als die Beamten in den Mitgliedstaaten etc.

Gewarnt sei vor einem deutschen Alleingang in Sachen EURO, wie in einigen angelsächsischen Medien (u.a. The Economist vom 15.06.2013), aber auch von Polen (Außenminister Sikorski) suggestiv empfohlen wird.

Das gilt auch für die EURO-Rettung, was immer man darunter versteht. Deutschland ist nicht der "Hegemon" ("Führer"), auch nicht der "widerwillige Hegemon", als der es neuerdings dargestellt wird. Wir würden schon im Ansatz den Widerspruch Frankreichs provozieren und uns finanziell, vor allem politisch hoffnungslos übernehmen. Deutschland hat nach zwei verlorenen Weltkriegen nicht den politischen Kredit in Europa, eine erfolgreiche Führungsmacht zu sein. Manchmal hat man den Eindruck, daß diejenigen, die uns die Rolle einer europäischen Führungsmacht anpreisen, insgeheim nur auf den deutschen Geldbeutel schielen.

Der EURO ist ein politisches Projekt und das Knäuel muß politisch aufgelöst werden. Deutschland und Frankreich müssen gemeinsam für Abhilfe sorgen. Ohne die enge deutsch-französische Zusammenarbeit gibt es kein Weiterkommen. Zur Zeit wird allerdings das in Jahrzehnten aufgebaute gegenseitige Vertrauenskapital strapaziert.

Frankreich

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität. Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung.

Der deutsche Widerstand war allerdings erheblich und nicht alle französischen Ziele konnten sofort erreicht werden. Die Ziele blieben jedoch gleich. Der Einfluß auf die Europäische Zentralbank (EZB) konnte nach und nach durch eine geschickte Personalpolitik ausgeweitet werden. Auf den Niederländer Wim Duisenberg folgten der Franzose Jean-Claude Trichet und der Italiener Mario Draghi als Präsidenten der EZB. Auch im EZB-Rat konnten Personen durchgesetzt werden, die den währungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen Regierungen mehr entsprachen. Der deutsche Einfluß wurde nach dem Rücktritt Axel Webers und Jürgen Starks erheblich reduziert. Die Mehrheiten im EZB-Rat haben sich zuungunsten Deutschlands verschoben.

Ein massiver erster Durchbruch gelang dem französischen Präsidenten Sarkozy im Mai 2010, als die EZB erstmals Staatsanleihen der Krisenländer Griechenland, Portugal und Italien aufkaufte und das Verbot der Staatsfinanzierung unterwanderte. Seither ist die Entwicklung weiter gegangen und die währungspolitische Orthodoxie immer mehr verlassen worden. Die französische Regierung drängt auf die Fortsetzung dieser Entwicklung. Das Anleihekaufprogramm OMT, das die EZB im September 2012 angekündigt hat, sieht unter bestimmten Voraussetzungen den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen vor. Die Frage, ob das noch Geldpolitik oder schon (verbotene) Staatsfinanzierung ist, schert die französische Regierung wenig. Das sind Subtilitäten deutscher Juristen, von denen man sich nicht aufhalten lassen will (Sarkozy).

Hinter diesen personellen und inhaltlichen Verschiebungen werden handfeste Interessen sichtbar. Frankreichs Interessen gehen in Richtung einer weiteren Lockerung und Ausdehnung der Geldpolitik, um die (angeblich von Deutschland verhängte) "Austeritätspolitik" ("Sparpolitik") in der EU zu überwinden. Der auf Frankreich lastende Reformdruck soll durch Wirtschaftswachstum gemildert werden.

Der von der Regierung Frankreichs erhobene Ruf nach "mehr Solidarität" ist ein Ruf nach mehr Geld, sehr viel mehr Geld. Frankreich macht sich zum Wortführer der Regierungen der Krisenstaaten, die auf eine ähnliche Politik hoffen. Präsident Hollande will auf diese Weise sein politisches Gewicht in Europa erhöhen und - wie er es sieht - mit Deutschland wieder auf Augenhöhe verhandeln. Die engen französischen Wirtschaftsbeziehungen zu den südlichen Krisenstaaten legen eine solche Politik ohnehin nahe, Frankreich hat viel zu verlieren, wenn diese aus dem Euroraum herausfallen.

Bisher ist nicht zu erkennen, ob Präsident Hollande bereit ist, eine Gegenleistung zu erbringen. Durchgreifende Reformen in Frankreich nimmt er nicht in Angriff, dafür ist seine Regierung zu schwach und seine Mehrheiten bröckeln. Je länger er wartet, um so schwieriger wird es. Außer vagen Vorstellungen einer europäischen "Wirtschaftsregierung" gibt es nichts, was auf einen französischen Beitrag zu "mehr Europa" hinweisen könnte, wie das von der Regierung Merkel angestrebt wird.

Für "mehr Europa" fehlen Hollande zudem die Mehrheiten im eigenen Lande. Seine eigene

Partei, der Parti Socialiste, ist in der Europafrage gespalten, wie sich beim Referendum zum EU-Verfassungsvertrag 2005 gezeigt hat. Sein eigener heutiger Außenminister, Laurent Fabius, war einer der Wortführer der Europaskeptiker, die mit "Nein" stimmten. Präsident Hollande lehnt sich zurück und wartet. Andere sollen aushelfen, mit Geld, sehr viel mehr Geld. Solidarität wird von den Partnern erwartet, für Frankreich gilt - polemisch gesagt - die "exception française" (Frankreich ist die Ausnahme).

Verbündete finden Präsident Hollande und die südeuropäischen Krisenstaaten in der angelsächsisch dominierten internationalen Finanzindustrie. Die internationale Finanzindustrie drängt auf eine Politikänderung der EZB, um sicher zu stellen, daß die Kredite, die sie mit Risikoaufschlägen an die Schuldnerstaaten vergeben hat, zurückgezahlt werden, - und daß im Zweifel jemand dafür bürgt. Richtig ist allerdings auch, daß die Zentralbanken der USA, Großbritanniens und Japans auf dem Weg extrem lockerer Geldpolitik schon sehr viel weiter vorangegangen sind.

Mit großem publizistischen und wissenschaftlichem Aufwand wird versucht, diese Geld- und Währungspolitik als die einzig mögliche Reaktion auf die - von der Wall Street und der Londoner City verursachte - Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 hinzustellen. Möglicherweise wird man am Beispiel Japans und der "Abenomics" bald sehen, wie weit diese Politik trägt.

Deutschland

Die deutsche Regierung hat 1989/1990 dem Verzicht auf die D-Mark "nolens, volens" zugestimmt. Helmut Kohl hat dann allerdings die Entscheidung "Einheit gegen D-Mark" konsequent um- und durchgesetzt. Einigen deutschen Bedenken wurde Rechnung getragen: vertraglich festgezurrte wurde u.a. der Haftungsausschluß unter EURO-Ländern, die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung.

Wie man später lernen mußte, waren diese vertraglichen Bindungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Bei den ersten Krisen 2003 wurden die Prinzipien von Deutschland und Frankreich selbst aufgeweicht und im Mai 2010 beim ersten Hilfspaket für Griechenland weggeschwemmt. Seither suchen die deutsche und europäische Politik mit der EZB unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) - mit reger Beteiligung der internationalen Finanzindustrie - nach einer Lösung.

Ein endloser und quälender Reformprozeß ist die Folge. Die Interessenkonflikte treten offen zu Tage, insbesondere zwischen europäischen Schuldner- und Geberländern. In seiner Folge werden die alten innereuropäischen Stereotype wieder wach und vergiften zunehmend das Klima.

In den Krisenländern, aber nicht nur dort, wird mit dem Finger auf Deutschland gezeigt, das für die Folgen der Schuldenpolitik verantwortlich gemacht wird. Die Wirtschaftsrezession mit ihren schwerwiegenden Folgen werden der "Austeritätspolitik" angelastet, die von Deutschland ausgehen soll. Arbeitslosigkeit, teilweise Verelendung, Hoffnungslosigkeit der Jugend, alle sozialen Verwerfungen in den Gesellschaften der Krisenstaaten werden der deutschen Politik angelastet, die mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht angeblich ihre egoistischen Interessen in Brüssel und über Brüssel durchsetzt. Die Anklage findet auch in den internationalen Medien ein Echo (z.B. Economist vom 15.06.2013, Sprachrohr der internationalen Finanzmärkte).

Deutschland Zahlmeister?

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf. Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und

das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen.

Nun wollen sie nicht mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblässende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt. Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können: Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist.

Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein.

Deutsches nationales Interesse

Es gibt Gründe, warum Deutschland sich die EU einiges kosten läßt. Die EU hat für die deutsche Außenpolitik entscheidende Bedeutung. Seit der Reichsgründung 1870/1918 war es Deutschlands Problem, tendenziell die hegemoniale Macht in Europa zu sein, ohne die tatsächliche Hegemonie jemals erreichen zu können. Deutschland gelang es nicht, seine Beziehungen im europäischen Kräftespiel so zu ordnen, daß es der politischen Isolation entkam. Die Folge waren zwei Weltkriege und die bedingungslose Kapitulation 1945. Die Pflege der Beziehungen und der Ausgleich der Interessen in der EU ist deshalb in Deutschlands vitalem Interesse.

Ohne die Einbindung in die EU wäre sicherlich auch die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. Nach der Wiedervereinigung ist Deutschland in Europa wirtschaftlich wiederum tendenziell hegemonial und hat ein zwingendes Interesse am Erhalt und Ausbau der EU, ohne die es erneut in Europa in die Isolation abgedrängt würde - mit unabsehbaren Folgen. Die europäische Einigung ist und bleibt das deutsche "nationale Interesse" (vgl. Guntram von Schenck, "Europa und das deutsche nationale Interesse", und "Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jh.").

Die Frage kann deshalb nicht sein, ob Deutschland EU-freundlich ist oder nicht, pro-europäisch ist oder nicht. Es ist zu hundert Prozent für den Auf- und Ausbau Europas. Das ist noch vor der grundsätzlich pro-europäischen Gesinnung eine Frage der politischen Klugheit und des politischen Eigeninteresses. Daraus folgern Pflichten und Verantwortung. Das kostet auch etwas - kein Zweifel. Die Frage ist nur, wie viel wir dafür einsetzen wollen und können. Kann das heißen, daß wir sehenden Auges mit der sog. Eurorettung in die Katastrophe laufen, weil wir überfordert werden? Oder daß wir blindlings den Schalmaientönen derer folgen, die uns dank Eurorettung das Blaue vom Himmel und den ewigen Wohlstand und Frieden in Europa versprechen?

Geht es schief, hat nicht nur Deutschland den Schaden sondern ganz Europa wird in Mitleidenschaft gezogen.

Meinungsbildung und Volksabstimmung

Es bedarf einer eingehenden Debatte, wie es mit dem EURO weitergehen soll. Leider liefert uns die Bundesregierung die Zahlen und Argumente nicht, die dafür notwendig wären. Vielmehr hat man den Eindruck, daß im Verborgenen gehandelt und entschieden wird - und künftig auch entscheiden werden soll. Die Oppositionsparteien im Bundestag sehen ebenfalls keine Notwendigkeit, für die erforderliche Klarheit zu sorgen.

Gibt es tragfähige und nachvollziehbare Schätzungen, wie viel der deutsche Steuerzahler bei einem Austritt aus der Eurozone abschreiben muß? Es gibt seitens der Bundesregierung nur ein allgemeines Katastrophengemälde. Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem Anleihekaufprogramm der EZB (OMT) auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro (vor dem BVerfG am 12.06.2013).

Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen BürgerInnen jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. Wir Bürger müssen uns selbst einen Reim darauf machen und die deutschen Interessen formulieren.

Wir müssen klar sagen, was wir wollen oder nicht wollen - und letztlich mit einer Volksabstimmung darüber entscheiden können. Warum sollte in Deutschland nicht gehen, was bei unseren Nachbarn üblich ist? In Frankreich z.B. hat es bereits zweimal Volksabstimmungen zu Europafragen gegeben, in Großbritannien hat Premier David Cameron eine Volksabstimmung für 2017 versprochen.

Modell Italien?

Was wir nicht wollen können, ist ein Europa, das nach dem Modell Italiens funktioniert. Das "Modell Italien" besagt, daß der Norden endlos für den Süden zahlt, wie das in Italien seit der Gründung des Nationalstaats im 19. Jahrhundert der Fall ist. Der Norden zahlt für den Süden, den sog. Mezzogiorno bis heute, ohne daß sich der Süden entwickelt und eine selbst tragende Wirtschaft entwickelt hätte. Was sich entwickelt, sind mafiöse Strukturen, die die Subventionen absaugen und den Süden im Griff behalten. Kein Wunder, daß in Norditalien immer wieder Forderungen nach einer Sezession erhoben werden (z.B. Lega Nord).

Folgt man der inneren Logik der Eurorettung, so geht es darum, das "Modell Italien" auf die Eurozone zu übertragen. Der Norden, d.h. vor allem Deutschland, die Niederlande, Finnland etc. sollen dauerhaft für die Defizite des Südens von Griechenland über Italien bis Portugal aufkommen. Da im Süden die notwendigen Reformen und Korrekturen nicht oder unzureichend gemacht werden, ist absehbar, daß sich im Subventionsklima alsbald wie im italienischen Mezzogiorno mafiöse Strukturen bilden. Eigentlich muß man sagen, sie sind schon vorhanden und harren nur der Verstärkung, Erweiterung und Verfeinerung.

Es darf also keinen finanziellen Dauertransfer in die südlichen Peripheriestaaten geben.

Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat.

In Jugoslawien wollten die Slowenen und Kroaten nicht länger für den Süden, insbesondere die Serben bezahlen, die Folge war die Abspaltung und ein verheerender Bürgerkrieg.

In Spanien fordern die Katalanen die Unabhängigkeit, weil sie wollen, daß das, was in Katalonien erwirtschaftet wird, in Katalonien bleibt und nicht in Südspanien versickert.

In Schottland gibt es Unabhängigkeitsbestrebungen, weil u.a. die Erlöse des Nordseeöls in

Schottland bleiben sollen und nicht mit London geteilt werden müssen.

In Belgien will der florierende flämische Norden nicht für den stagnierenden wallonischen Süden bezahlen und gefährdet damit den Zusammenhalt des Staates.

Man kann unschwer daraus schließen, daß dauerhafte Finanztransfers den Unmut der Geber schüren und Sezessionsbestrebungen bis hin zum Bürgerkrieg fördern. Das gilt besonders, wenn ethnische, historisch bedingte Mentalitätsunterschiede, religiöse oder nationale Identitäten das Unterfutter, die Folie für Sezessionen abgeben, was in Europa in zwanzig oder mehr Jahren voraussichtlich weiterhin der Fall wäre.

Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs (1861-1865) besagt, daß es in erster Linie Währungsstreitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten.

An der Vorbereitung eines europäischen Bürgerkrieges, auch wenn er sich vorerst nur als fernes Wetterleuchten abzeichnet, beteiligen wir uns nicht.

Menetekel Ruhrgebiet

Letztes Beispiel für die Problematik dauerhafter Finanztransfers ist Deutschland selbst. Der Länderfinanzausgleich ist und bleibt umstritten. Ein starkes nationales Verbundenheitsgefühl hat bisher verhindert, daß die Streitigkeiten ausufernten. Im Auge behalten sollte man allerdings das Ruhrgebiet. Einst war es das industrielle und wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands. Im Länderfinanzausgleich hat es solidarisch jahrzehntelang Finanzleistungen für andere finanzschwache Länder, auch Bayern erbracht.

Diese Mittel fehlten, um die eigene Wirtschaftsstruktur rechtzeitig zu modernisieren und umzubauen. Heute ist das Ruhrgebiet ein Schatten seiner selbst, die Kommunen sind hoch verschuldet, die Menschen ziehen weg, die Schulen verfallen und Straßen können nicht mehr repariert werden. Der Ruhrpott gehört in Deutschland zu den am meisten von struktureller Armut bedrohten Regionen. Am Ruhrgebiet kann man die deutsche Zukunft in einer europäischen Transferunion studieren.

Das Ruhrgebiet zeigt, wohin es führt, wenn Deutschland sich mit Transferzahlungen und anderen Verpflichtungen für Europas Krisenländer übernimmt.

Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten anderen EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. Diese Zahlen sind interpretationsbedürftig und mögen nicht alle Komponenten des "Vermögens" der Deutschen und anderer Europäer richtig einordnen und gewichten. Aber eine Studie der italienischen Notenbank vom Frühjahr 2013, deren erkenntnisleitendes Interesse bestimmt nicht war, die Deutschen arm zu rechnen, kommt im Wesentlichen zu ähnlichen Ergebnissen.

Das paßt nicht ins Bild und wird von interessierten Kreisen, u.a. in den Medien, die die Deutschen auf die Übernahme gewaltiger zusätzlicher Lasten zur EURO-Rettung einstimmen wollen, relativiert und mit vielen Fragezeichen versehen. Aber das Faktum bleibt: die meisten anderen Europäer sind im Schnitt reicher als die Deutschen.

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben?

Dosierte und temporäre Hilfeleistungen

Wer will im Grundsätzlichen die Solidarität der Reichen und Starken mit den Armen und Schwachen in Frage stellen? Deutschland hat insbesondere in der EU aber auch weltweit be-

wiesen, daß es sich dieser Verantwortung stellt. Aber was zu viel und überdies falsch ist, kann nicht von Deutschland abverlangt werden. Dauerhafte große Finanztransfers und Umverteilungen von Nord nach Süd sind deshalb abzulehnen, gleichgültig ob es sich um Direktzahlungen, Eurobonds, Zinssubventionen oder den "unbegrenzten" Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB handelt.

Der Erfindungsgeist der interessierten Kreise scheint unerschöpflich, wenn es um Instrumente der Umverteilung geht. Deutschland hilft, wenn wir nachgeben, nicht wirklich, sondern schafft den Nährboden für schwerwiegende Verwerfungen in Europa, die bis zu einem neuen europäischen Bürgerkrieg - siehe Jugoslawien - führen können. Hilfeleistung kann nur dosiert und temporär geleistet werden.

Deutsch-französische Konfrontation?

Dem französischen Ruf nach mehr Solidarität, nach mehr Geld steht der deutsche Einwand entgegen, daß Solidarität Grenzen hat, daß auch Anstrengungen der Empfänger unerlässlich sind. Sonst werden die Geber überfordert und der Boden für europäischen Dauerzwist in der Zukunft bereitet. Kommt es zu einem deutsch-französischen Zusammenstoß, der das gemeinsame Projekt Europa gefährdet? Welche Druckmittel haben beide Seiten in der Hand, um ihre Positionen weitestgehend durchzusetzen?

Frankreichs Drohung ist die Isolierung Deutschlands. 2014 werden die Gedenktage für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Nicht nur Frankreich bereitet sich intensiv darauf vor. Die Jahre vor 1914 sollten uns Deutschen zu denken geben. Die politische Isolierung ist keine leere Drohung, die Franzosen sind darin recht geschickt, schließlich haben sie es schon einmal mit Erfolg praktiziert. Die angebliche Beliebtheit und Akzeptanz der Deutschen und ihrer Politik könnte sich schnell ins Gegenteil verkehren, das nach dem Krieg gewonnene Vertrauen wäre schnell verspielt.

Das deutsche Druckmittel ist die Auflösung der Eurozone. Die Bundesbank würde über kurz oder lang wieder zum Währungsanker für viele europäische Staaten und der Rest Europas müßte sich "nolens, volens" - wie vor Einführung des EURO - daran orientieren. Eine Horrorvision für Frankreich. Genau das wollte Mitterrand mit dem EURO ausschließen.

Wenn beide Seiten ihren Willen durchsetzen wollen, wird es zu einer öffentlich geführten Auseinandersetzung und Konfrontation kommen, die nicht nur den EURO sondern Europa zerreißt. Deutschland und Frankreich müssen tief in diesen Abgrund blicken, damit sie zurückschauern und erkennen, daß sie gemeinsam handeln müssen.

Wir brauchen einen Kompromiß! ...<<

01.07.2013

Belgien: Kroatien tritt am 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei.

13.07.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juli 2013 (x887/...): >>Gedenken an tote "DEF"

Internationales Erinnern in Rheinberg an die Opfer der Rheinwiesenlager

Am Friedhof von Rheinberg, Kreis Wesel, Regierungsbezirk Düsseldorf hat vor einem Gedenkstein für die im dortigen US-Kriegsgefangenenlager umgekommen deutschen Soldaten eine würdige Gedenkfeier stattgefunden. Es war ein bewegender Moment, als der Trompeter die Melodie "Amazing Grace" spielte, dann der Männerchor Eintracht Alspray unter der Leitung von Wolfgang Pitas mit dem Lied "Über den Sternen" einsetzte.

Merrit Drucker, Major a.D. der US-Armee, war aus den Vereinigten Staaten gekommen. Er hatte zu dieser Gedenkfeier eingeladen, um sich für die Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten stellvertretend zu entschuldigen. Sein Anliegen ist es, den wenigen überlebenden Veteranen und deren Angehörigen sein persönliches Bedauern auszudrücken über die grausame Behandlung, die sie und Tausende von Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern erdulden

mußten. Zudem möchte er, daß Washington anerkennt, welche Schuld die US-Regierung seinerzeit auf sich geladen hat, indem sie die unmenschlichen Bedingungen zuließ, beziehungsweise schuf, unter denen sie die deutschen Kriegsgefangenen dahinvegetieren ließ.

Man hatte ihnen die nach der Genfer Konvention zustehenden Rechte der Kriegsgefangenen aberkannt und führte sie statt dessen als "Disarmed Enemy Forces" (DEF, Entwaffnete feindliche Streitkräfte). So glaubte man, das Recht zu haben, sie jeder nur erdenklichen Qual und Demütigung auszusetzen wie Tortur, Hunger, Durst, Spießrutenlaufen und monatelanges Verweilen unter freiem Himmel bei strömendem Regen oder in Gluthitze. Der kanadische Historiker James Bacque spricht in seinem Buch "Der geplante Tod" ("Other Losses") von mindestens 800.000 bis möglicherweise über eine Million verstorbener Kriegsgefangener in den zahlreichen alliierten Lagern.

Vielen Teilnehmern traten während Major Druckers Ansprache Tränen in die Augen, manchen im Andenken an ihre Kameraden, manchen "weil alles wieder hochkommt", wie einer der Veteranen es formuliert. Oberstleutnant a.D. Alfred Zips übersetzte die Rede ins Deutsche. Er war es auch, der sich um die Organisation der Veranstaltung gekümmert und die Gedenkstunde geplant hatte.

Duncan Wade war aus England gekommen, weil ihn das Schicksal des Großvaters seiner deutschen Ehefrau tief aufgewühlt hatte. Es war ihm ein Anliegen, von dessen Trauma durch die Gefangenschaft im Lager Rheinberg zu berichten. Er verhehlte nicht seinen Stolz darüber, daß sich die Situation im Lager nach der Übergabe an die Briten erheblich besserte.

Die letzte Rede hielt General a.D. Schultze-Rhonhof, in der er darauf hinwies, daß "deutsche Offizielle aus Politik, Kirchen und Bundeswehr sich scheuen, seine (Major Druckers) Entschuldigung öffentlich entgegenzunehmen" und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, "daß in Deutschland ein Mantel des Schweigens um die Geschichte der Rheinwiesenerlager gelegt" werde. Er erklärte dies mit der Umerziehung (Gehirnwäsche) der Deutschen und der ihnen auferlegten Verpflichtung, die Sieger-Geschichtsschreibung als alleinverbindliche anzuerkennen und keine anderen Erkenntnisse zuzulassen.

Dazwischen erklang immer wieder die versöhnliche Musik des Trompeters und des Männerchors, die bei den Zuhörern eine schwer beschreibbare, teils schmerzliche, teils tröstliche Stimmung hervorrief.

Zuletzt begleitete das Lied "Ich hatt' einen Kameraden" die Kranzniederlegung durch General Schultze-Rhonhof, Oberstleutnant Zips, Major Drucker und Wade.

Die Schleife trug die Aufschrift "Unseren Kameraden".<<